

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhofs 3686-3698. Telegramm-Adressen: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Zustellkosten.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-24

10 Pf. [Anzeige 15 Pf.] - Nr 6

MITTWOCH, 4. JANUAR 1933

ABEND-AUSGABE

Ozeanriege brennt im Kanal

Französischer Dampfer in Seeot - Mannschaft gerettet

Das Motorschiff „Aubr“ der Hamburg-Amerika-Linie, das auf der Heimreise von Rio de Janeiro nach Bremen auf dem Atlantik durchfuhr, fing S.O.S.-Rufe des französischen Ozeanries „Atlantique“ auf. Der Kommander der „Atlantique“ teilte mit, daß der Nordsee Dampfer plötzlich Feuer ausgebrochen sei, und sofortige Hilfe dringend benötigt werde. Der Sogap-Dampfer stoppte und nahm Kurs auf die „Atlantique“. Nach den bisherigen Meldungen gelang es den Rettungsbooten des deutschen Schiffes und eines englischen Dampfers, die gesamte Mannschaft von 260 Mann zu retten. Der Brand wüthete weiter; es ist zu befürchten, daß das Schiff verloren ist.

Die „Atlantique“ befand sich auf der Fahrt in die Docks von Le Havre, wo sie gründlich überholt werden und einen neuen Antriebs erhalten soll. Deshalb befanden sich von der Besatzung lediglich 260 Mann und keine Passagiere an Bord. Der Brand brach gegen 1/2 Uhr morgens aus, als sich das Schiff 20 Meilen von der Insel Guernsey befand. Außer dem deutschen Schiff „Aubr“ war gleich ein englischer Dampfer zur Hilfe geeilt; mehrere Hilfskräfte sind von Le Havre aus bereits unterwegs.

Das Feuer soll durch Kurzschluß in der Funkenkabine entstanden sein. Der französische Ministerpräsident Paul-Boncour und der Minister für die Handelsmarine Leon Meyer haben bereits den Staat der französischen Regierung für die schnelle Hilfeleistung an dem Dampfer „Aubr“ und die deutsche Regierung gedankt.

Nach den neuesten Meldungen aus Paris hat der Admiral der Marineinfanterie Cherbourg sofort alle zur Verfügung stehenden Schiffe an die Unglücksstätte entsandt, da der Brand offenbar einen so großen Umfang angenommen hat, daß zur Stunde noch ungewiß ist, ob das Rettungswerk gelangen kann.

Die „Atlantique“ ist das größte und jüngste Schiff der Compagnie Générale Transatlantique und macht Dienst auf der Südamerika-Linie. Das Schiff wurde im Oktober 1931 vom Stapel gelassen, hat rund 65 Millionen Mark gekostet und hat eine Wasserverdrängung von 42.500 Tonnen. Es ist 226 Meter lang und 30 Meter breit, wird von Turbinen angetrieben und kann 2000 Passagiere aufnehmen.

Das Schiff hat eine besonders schöne künstliche Ausstattung, an der einige der bedeutendsten französischen Maler und Dekorateur mitgewirkt haben. Die besondere Keuerung des Dampfers war ein großer zehn Meter breiter und 150 Meter langer Mittelgang, eine sogenannte Schiffstraße, in der die größten Pariser Firmen ihre neuen Modellschöpfungen ausstellten.

„Malygin“ wieder flott

Nach Meldungen aus Moskau soll der russische Eisbrecher „Malygin“, der durch seine hervorragende Teilnahme an der Rettungsoperation für die Robie-Zeile bekannt ist und bei Spitzbergen auf eine Sandbank aufgelaufen war, wieder flott gemacht worden sein. Nach kopenhagener Meldungen sollen, das keine Gefahr für die Besatzung des Schiffes besteht.

dem Bedürfnis weicht, die Verlautbarungen der Partei durch Verbindung anderer Quellen nachzuprüfen. So finden auch die Meinungen der „Schwarzen Front“, des Organs von Otto Straffer, heute stärkere Beachtung. Die Schilderung der Hitler-Romäne, die in der Reichstagsstation sich abgepielt haben soll, ist zwar wie üblich dementiert worden. Aber der Augenzeugen hat ohne weiteres den Eindruck, daß es seine reiche Phantasie ist, wenn erzählt wird, 35 Mitglieder der Hitler-Fraktion hätten als Zeugen bereit, um ihre Evidenz zu bekräftigen. Tatsächlich enthält das gerichtliche Verhör, das von der nationalsozialistischen Presse gegen die „Schwarze Front“ angeblühmt wird, sich darauf zu beschränken, die Anwendung des § 11 des Pressegesetzes hierher durchzuführen. Wenn das der Fall ist, würde das nichts gegen die Darstellung der sogenannten „Sünder-Szene“ beweisen, sondern im Gegenteil die Unklarheit, diese Vorgänge willkürlich zu klären.

Jeberfalls hätte die neue Nummer der „Schwarzen Front“ die frühere Darstellung nicht nur aufreht, sondern es wird durch die wertvolle Wiederholung der Bericht gemacht, doch nach die Hitler-Partei zur Rettung zu zwingen. Darüber hinaus magt das Blatt Andeutungen, die auf besondere Quellen schließen lassen. Um Hitler zu zeigen, daß nicht nur in der Reichstagsstation trotz aller Treueidempore und trotz aller äußeren Unterwerfungsbereitschaft der Wurm der Dpolution liegt, behauptet die „Schwarze Front“, daß

Der Röh in vor einigen Tagen rein privat bei Herrn Reichsminister von Schleicher war und in heftigen Worten seine Unzufriedenheit mit Hitler zum Ausdruck brachte, was in Herrn von Schleicher den Gedanken entzünden ließ, den Versuch zu machen, Röh und Straffer einander anzunähern und Hitler zwischen diesen beiden Parteien zu nehmen.

Nicht minder bemerkenswert als diese Andeutung ist die Aufkündigung von Vertrauensstellungen eines Reichswechfels zwischen Adolf Hitler und Graf Anton von Gregor Straffer, der den politischen Hintergrund der Ausbotung Gregor Straffers noch weiter erhellte.

Die entsetzten Reichsstadthalten, die bemerken wollen, daß sie auch in Angelegenheiten der deutschen Kultur unter Land herrigen Zeiten entgegengeführt wurden, haben es dabei in jüngster Zeit mit Berlin auf sich beruhen lassen und Schritte unternommen. Das trifft in am meisten Reichsminister von Unterstein, Akademien, Theatern, Museumsverwaltungen, Kunstschulen, Musikinstitute. Ganze Bagonalungen mit fähren voll Unrat werden aufgeführt. Durch Korrespondenzen und Flugblätter wird das Gift in die Kanäle des öffentlichen Lebens geteilt.

„Großreinemachen“

Neben der großen offiziellen Aktion der „Säuberung“, unter der auch fämlich „Reinigung“ der Verwaltungsapparate genannt, durch die noch und noch alle republikanisch-demokratische Gesinnung verdächtigen Beamten in die Wüste geschickt werden, hat in den letzten Monaten von rechts her zur Ergänzung eine wilde Siffsoffensive eingeleitet. Sie wird in den Blättern der berufenmächtigen „Reiter“ und ihrer Einzelgehälter, der Volk- und Volkzeitungen, gern mit dem Hofnamen „Großreinemachen“ bezeichnet.

Die entsetzten Reichsstadthalten, die bemerken wollen, daß sie auch in Angelegenheiten der deutschen Kultur unter Land herrigen Zeiten entgegengeführt wurden, haben es dabei in jüngster Zeit mit Berlin auf sich beruhen lassen und Schritte unternommen. Das trifft in am meisten Reichsminister von Unterstein, Akademien, Theatern, Museumsverwaltungen, Kunstschulen, Musikinstitute. Ganze Bagonalungen mit fähren voll Unrat werden aufgeführt. Durch Korrespondenzen und Flugblätter wird das Gift in die Kanäle des öffentlichen Lebens geteilt.

Die Vorratskammer, die zur Verfügung steht, ist ungenügend reichhaltig. Beliebt namentlich ist der entrüthete Schrei über „Korruption“. Es wird fählich und häßlich behauptet, das Opfer, das man auf dem Altar genommen, die fäh auf unrichtige Weise bereitete, materielle Vorteile verschafft, in ihre Schiebungen verpackt haben. Die lauten Charaktere sind vor solchen Anwürfen nicht mehr sicher. Sind die Verdächtigungen auch völlig grundlos, ja unfähig, sie werden doch munter ausgeteilt, verdreht, herumgeschleppt, da fäh die alte Theorie, daß immer etwas hängen bleibt, bisher meist so fäh behauptet hat.

Ein zweites Mittel, den Gegner zu Fall zu bringen, besteht in dunklen Andeutungen, die sich auf das Weier des Erzählens beziehen. Es wird auf allem benorruht, da fäh mit einiger Sicherheit annehmen läßt, der Betreffende hat an den moralischen Wertepfeil gebunden wird, werde schon tragen, große Dinge unter die Schirmherrschaft eines beliebigen Prozesses zu zerren, mit den unüberhörbaren qualvollen Zeugen

Reichstag erst Ende Januar?

Die Nationalsozialisten haben es nicht eilig

Der Weltkennrat, der sich heute nachmittags versammelt, um den Termin der nächsten Sitzung des Reichstages festzusetzen, wird nicht vom Reichstagspräsidenten Göring geleitet werden, der noch fern von Berlin weilt, sondern vom Vizepräsidenten Eiser.

Es ist bekannt, daß Sozialdemokraten und Kommunisten für einen möglichst frühen Tagungsbeginn eintreten, etwa am 9. Januar. Es wurde angenommen, daß die Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Parteien sich auf den 17. Januar einigen würden, den Dienstag nach den Landtagswahlen in dem Lande Stippe, für deren agitatorische Vorbereitung die Nationalsozialisten mit Adolf Hitler alle großen Kanonen der Partei aufbieten. Es ist eine lange geistige Tradition, daß der Reichstag sich nicht versammelt in den Tagen unmittelbar vor Wahlen in einem freistadt. Die Parteien waren daher damit einverstanden gewesen, die nächste Reichstagsagung statt am 9., am 17. Januar abzuhalten.

Nach dem neuesten Stand der Dinge ist es aber wahrscheinlich, daß im Weltkennrat heute noch ein anderer Termin vor-

geschlagen wird, entweder der 24. Januar oder noch ein späterer.

Offenbar haben es die Nationalsozialisten mit der politischen Debatte im Reichstag aus leicht begreiflichen Gründen nicht sehr eilig.

Die Regierung, die im Weltkennrat durch den Staatssekretär Pland vertreten sein wird, dürfte erklären, daß sie nicht unmittelbar daran interessiert ist, für welchen Termin der Weltkennrat sich entscheidet. Sie wird also bereits jetzt die Erklärung nehmen und keine Wünsche äußern, sondern nur antworten lassen, daß sie in der nächsten Sitzung ihre Programm-Erklärung abgeben möchte. Staatssekretär Pland wird aber kaum hinzufügen, daß der Kanzler auch darauf bringen werde, daß nach der politischen Aussprache auch sofort eine Entscheidung des Reichstages durch die Abstimmung über die vorliegenden Währungsanträge herbeigeführt wird.

Es ist fämiger, schon heute zu überlegen, welchen Verlauf die nächste Tagung des Reichsparlaments nehmen und welche politischen Folgen sie haben wird. Aber manches Symptom spricht dafür, daß die Regierung und Reichswahl nicht so unklar verfahren, wie vielfach noch vor wenigen Tagen geglaubt wurde.

Sucht Röh Rückversicherung?

Wachsende Unsicherheit im Hitlerlager

In der nationalsozialistischen Presse wird als „Hitler-Enie“ nach wie vor das Durchhalten bis zum Endziele gepredigt. Nach Brünning und Papen wird ohne Scheitern die fähre Dpolution betrieben. Über dieser fähliche Einigkeit nicht darüber hinwegzusehen, daß die Dinge 1933 anders ausfallen als 1932. Der Zweifel, dem nach dem Anschlag hat nicht nur die Mitläufer und die Massen im Lande erbebt, sondern den Kern der Partei. Das gegenfährliche Mitbewusstsein, das schon bisher tief eingewurzelt war, greift immer

welter um sich. Je zersönder die „Oberste Heeresleitung“ im Braunen Hause wird, desto bestiger wird registriert, verflucht, umgruppiert, organisiert. Aber diese Gefährlichkeit bedäuf nicht die Sorge, wie man aus diesem Jähre herauskommt, bevor der Keerlauf und die Ausfahrslosigkeit allzu offenbar werden.

Auch in den Kreisen der Anhängerföhner, die der Sache treu geblieben waren, hat die Erschütterung der letzten Monate immerhin dazu geführt, daß die völlige Kritiklosigkeit